Thesen zum Thema: Demokratische Werte für wen?

„Formal sind wir freie und gleiche Bürgerinnen, die unabhängig von Staat und Gesellschaft ihr Leben gestalten, ihre Meinung sagen und bei Wahlen mitbestimmen dürfen. Gleichzeitig existieren Freiheitsrechte im realen Leben nur auf dem Papier. Die Tochter einer alleinerziehenden Migrantin hat die Wahl, ob sie Friseurin oder bei Lids an der Kasse anfangen möchte, und der DHL-Paketbote kann seine Meinung in der Kneipe äußern-wenn der Schichtplan es zulässt. Das obere ein Prozent hingegen, die meisten von ihnen Millionärserben, haben nicht nur reale Freiheit bei der Gestaltung ihres Lebens, sondern auch echte politische Macht. Sie können nicht nur ihre Meinung äußern, sondern sich Kampagnen oder Fernsehsender kaufen, um ihrer Meinung zu verbreiten und auf diese Weise ihre wirtschaftlichen Interessen geltend zu machen.“(Raul Zelik: Wir Untoten des Kapitals)

1. In der bürgerlichen Definition von Demokratie wird das Eigentum weniger Menschen an den Produktionsmitteln nicht in Frage gestellt. Eigentum ist aber die zentrale Machtressource in unserer Gesellschaft. Das reichste ein Prozent der Bevölkerung hat nicht nur die größten Vermögen, ihm gehört auch der Großteil der Betriebe. Das deutsche Betriebsvermögen von geschätzten drei Billionen Euro sammelt sich an der Spitze der Reichtumspyramide. Betriebe verleihen Macht über Millionen Menschen, die Arbeit und Einkommen brauchen. Der Unternehmer hat ein Investitionsmonopol und darf dem Menschen seine ökonomische Existenzgrundlage jederzeit zwecks Steigerung der Profitrate entziehen.
2. Soziale Errungenschaften im Zuge des Aufbau des sogenannten Wohlfahrtsstaates (soziale Marktwirtschaft) wurden mit Beginn des neoliberalen Zeitalters (seit den 70er Jahren) Stück für Stück demontiert. Demokratie mutiert zu einem System, indem Regierungen die sich beschleunigende Zerstörung nur verwalten, die BürgerInnen zwar regelmäßig zum politischen Personal befragt werden, aber auf die grundlegenden Prozesse keinen Einfluss haben.
3. Der Siegeszug des Neoliberalismus hat zu einem zunehmenden Bedeutungsverlust der Politik geführt, während sogenannte Thinktanks und Lobbys an Einfluss gewinnen. Kritiker bezeichnen diesen Zustand als Postdemokratie.
4. Exekutivlastigkeit (Schwächung des Parlaments durch den Gesetzgebungsprozess und die Unterordnung unter EU-Recht) und der Wandel von Demokratien zu »Expertokratien« sind typische Erscheinungsformen der Postdemokratie. Wo die parlamentarische Vertretung der Bürgerinnen und Bürger in den Hintergrund gerät, öffnen sich die Türen für die Einflussnahme politischer, wissenschaftlicher und ökonomischer Eliten auf den politischen Entscheidungsprozess.
5. Für das Kapital bleibt der Nationalstaat im transnationalen Kapitalismus dennoch unverzichtbar: zur Finanzierung von Krisenprogrammen und Industriekonversion, zur nicht zuletzt militärischen Absicherung von Handelswegen und Rohstoffversorgung, zur Vergesellschaftung von Spekulationsverlusten und zur Regulierung sozialer Konflikte.

6. Der Neoliberalismus sorgt dafür, dass die Bindungskraft der großen Volksparteien stetig abnimmt. Dies gilt vor allen Dingen für die Sozialdemokratie. In Stimmbezirken mit prekären sozialen Verhältnissen wählen oft weniger als fünfzig Prozent der Bevölkerung. Die Wahlbeteiligung ist regelmäßig zwanzig Prozent niedriger als in den Reichenvierteln. Die Ampelkoalition hat seit der Bundestagswahl 2021 massiv an Rückhalt in der Unter- und Mittelschicht der Gesellschaft verloren – und wird zunehmend zu einer von gut Gebildeten und Reichen gestützten Regierung.
7. Verantwortlich ist nicht allein das unterschiedliche Bildungsniveau. Die Resignation der unteren Klassen beruht auf der Erfahrung, dass die für diese Gruppe zentralen Probleme durch Wahlen nicht behoben werden. In der Folge entsteht eine ungeheure Wut, die durch die Machteliten auf die „richtigen“ Gegner (Migranten, Bürgergeldempfänger) gelenkt wird.
8. Das permanente Wiederholen angeblich werteorientierten Außen-, Sicherheits-, Umwelt- und sonstigen Politik ist ein sicherer Indikator für eine tatsächliche Wertemissachtung. Werte werden als hat ein Kampagnenwort für eine Außenpolitik im Dienste westlicher geostrategischer Interessen missbraucht Andere Länder werden nicht mit Demokratie, Freiheit und Gleichberechtigung beglückt, sondern für unsere Märkte geöffnet.
9. Werteentwertung findet auch beim Umgang mit der sich lange abzeichnenden Veränderung des globalen Klimas. Der Wert eines pfleglichen Umgangs mit der Schöpfung wird auf eine technische Größe (CO_2) reduziert, um im Schatten der Debatte um die Kosten der Emissionen riesige Waldflächen abzuholzen, die globale Ausbeutung von seltenen Metallen voranzutreiben oder mit hochgiftigen Verfahren sogenanntes Fracking-Gas verfügbar zu machen.
10. Das, was momentan unter dem Label „Verteidigung der Demokratie“ auf den Straßen und auf den Theaterbühnen passiert, ist kein Kampf gegen rechte Politik. Denn Rechte Politik ist verantwortlich dafür, dass die AfD so groß werden konnte: Wer „gegen Rechts“ demonstriert, aber nur eine „Haltung“ einfordert und keine ganz konkreten politischen Maßnahmen, die den Alltag der Bürger schnell und merklich verbessern, macht sich indirekt zum Anwalt der aktuellen kriegstreiberischen und unsozialen Politik, die wiederum die AfD stark macht.

„… Es ist gut, wenn wir Menschenrechte auch als Teil unserer Haltung, unseres Selbstverständnisses verstehen. Wenn wir niemand, der es aus der Hölle von Libyen herausschafft und an Europas Grenzen Zuflucht sucht, nach Libyen zurückbringen lassen. Wenn wir als globale Wirtschaftsmacht Geschäfte nur unter Achtung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten tätigen. Wenn wir von der Bundesregierung einfordern, ihr gesamtes Handeln an der Achtung und am Schutz der Menschenrechte auszurichten. Dann – nur dann können wir glaubhaft behaupten, Menschenrechte seien "unsere Werte". (Markus N. Beeko , Generalsekretär der deutschen Amnesty-Sektion.)